

Wolga, eroberte Damaskus und Bagdad und schuf eines der größten, wenn auch kurzlebigsten Reiche, die jemals in Zentralasien existierten. Dabei erlangte er den Ruf eines skrupellosen Eroberers, der die Bevölkerung in den unterworfenen Gebieten zu Hunderttausenden ermorden ließ.

Unter Zhu Di (1402–1424), dem zweiten Ming-Kaiser, segelten die legendären Dschunken-Flotten des Admirals He bis nach Afrika. Sie knüpften diplomatische Kontakte und organisierten Handelsverbindungen zum heutigen Sri Lanka, Bangladesch, Indien, Pakistan und dem Iran. Auf sieben Reisen zwischen 1405 und 1433 führte He große Flottenverbände. Auf der ersten Reise sollen es 62 Schiffe mit 28000 Mann Besatzung gewesen sein. Das Ziel der Reisen war der Handel, aber auch die Einforderung von Tributen und diplomatischer Unterwerfung der angesteuerten Territorien. Aufgrund der hohen Kosten und der daraus folgenden Unruhen in China wegen der zunehmenden Steuerbelastung – die Seereisen mussten schließlich finanziert werden – stellten die Ming-Kaiser diese Expeditionen ein. Es begann eine Politik der Abschottung gegenüber dem Rest der Welt.

Knapp hundert Jahre später, 1514, erreichten portugiesische Schiffe das Reich der Ming-Kaiser. Diese hatten inzwischen die Flotte abgewrackt, aber die Große Mauer auf- und ausgebaut, ein deutliches Symbol des Rückzuges und der Abschottung. In Europa befand man sich im Übergang vom Mittelalter in die Neuzeit, eine sich über drei Jahrhunderte hinziehende Epoche, in der man die kulturellen Leistungen der griechischen und römischen Antike wiederbelebte, weshalb man diese Kulturepoche später als Renaissance bezeichnete. Sie kreierte ein neues Menschenbild, das sich von dem bisher in Europa gepredigten unterschied, aber auch anders war als das Verständnis von Individuum und Gesellschaft und deren Beziehungen in anderen Teilen der Welt.

Dass ausgerechnet segelnde Portugiesen China als Erste über den Seeweg erreichten, war keineswegs zufällig.

Der vierte Sohn des portugiesischen Königs – der Nachwelt bekannt als Heinrich der Seefahrer (1398–1460) – machte sich in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auf, die Welt zu entdecken und für die portugiesische Krone zu erobern. Das war der Beginn der europäischen Expansion. Ihm folgte schließlich Vasco da Gama, der 1498 den Seeweg nach Indien »entdeckte« (im Unterschied zu Kolumbus segelte er um Afrika und landete wirklich in Indien). 1513, andere Quellen schreiben 1515, landete Jorge Alvares an der Mündung des Perlflusses auf der Insel Lintin. Es folgten im Jahrestakt weitere Besuche, 1557 ließen sich die Portugiesen in Macau nieder, das sich bald zum Zentrum des portugiesischen Handels in Ostasien entwickelte. (1999 wurde Macau an China zurückgegeben.)

Wegen der unsicheren Verhältnisse auf dem Landweg verlagerte sich der interkontinentale Warenaustausch immer mehr aufs Wasser. Auf der ursprünglichen »Seidenstraße« verkehrten allenfalls Geographen und Historiker sowie Kunst- und

Grabräuber.

Die von den chinesischen Kaisern angeordnete und konsequent durchgesetzte Abschottung illustrierte ein Schreiben Kaisers Qian Long an den englischen König Georg III. aus dem Jahr 1793: »Wie Euer Botschafter selbst sehen kann, besitzen wir bereits alles. Ich messe fremden oder ausgefallenen Dingen keinerlei Wert bei und habe keinen Bedarf an den Erzeugnissen Eures Landes.«

Von den Religionen, die über die »Seidenstraße« gekommen waren, hatte lediglich der Buddhismus als eine nicht monotheistische Religion in China nachhaltigen Einfluss, da sie sich mit den Lehren des Konfuzianismus, mit dem Daoismus und asiatischen Lebensformen vereinbaren ließ. Während der Ming-Dynastie (1368–1644) entstand der »chinesische« Buddhismus, geformt und verbreitet vom Philosophen Zhou Dun Yi. Er floss in das chinesische Bewusstsein ein und schlägt sich auch in den Überlegungen zur Neuen Seidenstraße erkennbar nieder.

Jahre der Kriege und des Hungers und die Alternative

Am 14. Oktober 2021 veröffentlichte die Welthungerhilfe, wie schon in der Vergangenheit, ihren Welthungerindex. Die Zahlen waren in den letzten Jahren wieder deutlich gewachsen, nachdem sie sich angeblich seit 1990 halbiert hatten. Weltweit, hieß es, hungerten 2020 etwa 811 Millionen Menschen, weitere 41 Millionen seien vom Hunger bedroht. Die Politiker und die Journalisten der westlichen Demokratien zeigten sich angesichts der Tendenz überrascht, fanden aber auch gleich eine Begründung: die Corona-Pandemie und der Klimawandel.

Zweifellos haben diese Faktoren zur Verschlechterung der Lebensbedingungen eines erheblichen Teils der Weltbevölkerung beigetragen, aber sie sind wohl kaum die wesentliche Ursache.

Der seinerzeitige deutsche Entwicklungshilfeminister, der sich vermutlich nicht grundlos im Herbst 2021 aus der Bundespolitik zurückzog, erklärte dazu, dass täglich 15000 Kinder verhungerten und nannte dies zutreffend »Mord«. »Hunger ist Mord, weil wir die Technik haben und das Wissen«, womit er meinte, dass es sich also um eine Unterlassungssünde handele. Mit rund 40 Milliarden zusätzlich pro Jahr sei eine Welt ohne Hunger bis 2030 möglich. »Warum tun wir es nicht? Weil der politische Mut fehlt«, so der CSU-Politiker. Da hatte er nicht Unrecht: Es fehlt der Mut, das kapitalistische System zu überwinden. Denn dieses System der Unterdrückung und Unterwerfung, der rücksichtslosen Ausbeutung aller Ressourcen im Interesse des Profits, ist ursächlich dafür verantwortlich, dass global gehungert wird.

Natürlich sorgt der Klimawandel auch dafür, dass Felder verdorren und die Wüsten wachsen, dass Ernten im Hagel untergehen und Sturzfluten ganze Landstriche verwüsten. Aber nicht deshalb bleiben Felder unbestellt und fliehen Menschen aus ihrer Heimat,

um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten, sofern sie nicht Hungers oder im Kugelhagel sterben wollen. »Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute«, hieß es Ende 2021 von der UNHCR, der Flüchtlingshilfsorganisation der UNO. Und sie nannte 85 Millionen Menschen weltweit, die auf der Flucht seien. Und eine zweite Zahl hieß: eine Million. So viele Kinder seien zwischen 2018 und 2020 als Flüchtlinge geboren worden und starben möglicherweise bereits wieder.

Der United Nations High Commissioner for Refugees nannte als Fluchtursachen nicht etwa Klimawandel und Pandemie, sondern an erster Stelle: Kriege und Konflikte. Und er nannte Syrien, Afghanistan, Jemen, Irak und afrikanische Staaten sowie – in Europa – die Ukraine. In acht von den genannten zehn Ländern mit sehr ernster oder gravierender Hungersituation werde geschossen und getötet. Dafür aber gibt es keine wetter- und klimabedingten Gründe. Man muss also die Frage prinzipiell stellen: Wer führt Kriege und wozu?

Die zentrale Schlussfolgerung des Berichtes der Welthungerhilfe laute darum: Ein integrierter Einsatz, der Frieden und resiliente Ernährungssysteme zusammen denkt, kann sowohl Ernährungssicherheit als auch Frieden fördern.

Dem ist unbedingt zuzustimmen. Und vielleicht sollte man in diesem Kontext auch an die ersten beiden sogenannten Umsturzdekrete erinnern, die am 8. November 1917 – am Tag nach der Machtübernahme durch die russischen Bolschewiki – verabschiedet wurden. Das erste war das Dekret über den Frieden, womit die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen mit allen kriegführenden Ländern erklärt wurde, und das zweite das Dekret über Grund und Boden, in welchem das Land zum »Allgemeingut aller, die darauf arbeiten«, erklärt wurde. Diese ersten beiden Gesetze einer antikapitalistischen Gesellschaft machten nicht nur den engen Zusammenhang von Frieden und Ernährung deutlich, sondern fußten auch auf der Einsicht, dass die bisherige Art des Wirtschaftens die Menschheit in den Abgrund treiben würde.

Kriege beginnen immer mit Lügen. Sie werden mit Behauptungen gerechtfertigt, mit Phrasen und Unterstellungen. Das reicht von vermeintlichen Überfällen (auf den deutschen Sender Gleiwitz 1939, auf US-Kriegsschiffe im Golf von Tonkin 1964) über Bedrohungen (durch die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak 2003, den »Hufeisenplan« in Jugoslawien 1999) bis hin zum Vorwand, reaktionäre Diktaturen überwinden und demokratische Staaten bilden zu wollen (Afghanistan, Syrien).

Dabei geht es immer nur um Einflussphären, um Märkte und Ressourcen, um die Durchsetzung eigener nationaler Interessen. Die USA als größte und stärkste Wirtschafts- und Militärmacht ist dabei besonders rücksichtslos, das erklärt vielleicht auch, weshalb sie das wurden, was sie sind. »America first« war, wie irrtümlich angenommen wurde, keine Erfindung von Präsident Trump.

Am 23. Januar 1980 erklärte US-Präsident Jimmy Carter, das es im vitalen Interesse der USA liege, wenn die Vereinigten Staaten die Erdölproduktion im Nahen und Mittleren Osten kontrollieren. Ein Angriff auf diese Interessen werde gegebenenfalls mit Waffengewalt abgewehrt und zurückgeschlagen. Mit dieser Maßgabe unterstützten die USA 1979 den Machtwechsel im Irak, fünf Monate nach der islamischen Revolution im Iran und wegen der Unionspläne mit Syrien, die Bagdad hegte. Der Mann der USA hieß Saddam Hussein, er war das Hätschelkind des Westens. 1982 strich man den Irak von der Liste der Terrorstaaten und rüstete ihn auf im Krieg gegen die »Ayatollah-Diktatur« im Iran. In den achtziger Jahren importierte kein Land der Welt so viele Rüstungsgüter wie der Irak – oder im Umkehrschluss: In kein anderes Land lieferte der Westen so viele Waffen wie in den Irak und sicherte sich dadurch die Kontrolle über die wichtigste Erdöl-Region der Welt.

Allerdings verfolgte der von Saddam Hussein geführte Staat zunehmend eigene Interessen und versuchte diese in der Region auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Nicht zuletzt die wirtschaftliche Auszehrung des Irak durch den acht Jahre währenden Krieges gegen den Iran, den sogenannten Ersten Golfkrieg (1980–1988), führte zum nächsten Krieg. Der Irak stand mit etwa 80 Milliarden Dollar im benachbarten Kuwait in der Kreide und hoffte mit einer Begrenzung der Erdölexporte den Weltmarktpreis zu steigern, um durch die Mehrerlöse seine Schulden bei den arabischen Nachbarn tilgen zu können. Angeblich steigerte Kuwait seine Ölproduktion, was zur Invasion irakischer Truppen führte. Das wiederum veranlasste die USA ihrerseits, militärisch zu intervenieren. Dafür besorgte sie sich mit Unwahrheiten im UN-Sicherheitsrat die Legitimation der Völkergemeinschaft: Die USA präsentierten »Beweise« für das barbarische Vorgehen der irakischen Truppen, die sogenannte »Brutkastenlüge«. Die Idee dazu war von einer Werbeagentur entwickelt worden. Am Ende stand eine Militärkoalition von 34 Staaten – in der die USA drei Viertel der 660000 Soldaten stellte. Dieser Zweite Golfkrieg (von Januar bis August 1991) diente nicht nur der Erprobung neuer Waffentechnik und Munition (so wurden erstmals uranabereicherte Geschosse – Depleted Uranium, DU, verwandt). Es war auch der erste Schritt zur Errichtung einer neuen Weltordnung unter der Führung der letzten verbliebenen Großmacht. Der Ostblock war dabei sich aufzulösen und dessen Führungsmacht, die Sowjetunion, schickte sich an, die politische Weltbühne zu verlassen.

Und auch der Dritte Golfkrieg wurde mit einer Lüge losgetreten, um Saddam Hussein loszuwerden und den Irak endgültig unter amerikanische Vormundschaft zu bringen. Die vorgebliche Existenz von chemischen und biologischen Waffenarsenalen, vom US-Außenminister präsentiert, lieferte die Begründung für einen Präventivkrieg durch eine »Koalition der Willigen«. Diesmal versagte jedoch der UN-Sicherheitsrat das Mandat für eine militärische Intervention. Nachdem der US-Präsident im März 2003 den

irakischen Staatschef ultimativ aufforderte, das Land binnen 48 Stunden zu verlassen, und Saddam Hussein dieser Forderung natürlich nicht nachkam, wurde Bagdad bombardiert. Von Kuwait und Jordanien aus drangen amerikanische und britische Truppen auf die Hauptstadt vor, Saddam Hussein, auf den ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar ausgesetzt worden war, wurde nach Verrat festgenommen und als offizieller Kriegsgefangener der USA arretiert. Nach Jahresfrist machte man ihm den Prozess, er wurde zum Tode durch den Strang verurteilt und am 30. Dezember 2006 gehängt.

Massenvernichtungswaffen wurden keine gefunden. Die Besatzungstruppen zogen 2011 ab und ließen ein zerstörtes Land zurück, 2020 forderte das irakische Parlament den Abzug aller noch verbliebenen US-Truppen aus dem Irak ...

Im Prinzip kaum anders endeten Aufstände und Proteste in arabischen Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika, die Ende 2010 begannen und als Arabischer Frühling bezeichnet wurden. Was als Aufbruch in die Moderne, als *Regime Change* oder *Nation Building* deklariert wurde, endete meist in Chaos und Bürgerkrieg. Und das wiederum bedeutete Tod und Zerstörung, Hunger und Not, Flucht und Vertreibung. Die letzte Katastrophe registrierte die Welt, als sich im Sommer 2021 – nach zwanzig Jahren gewaltsamer *Nation Building* – die USA geradezu fluchtartig aus Afghanistan zurückzogen. Es folgten auch die internationalen Truppen, darunter auch deutsche Soldaten. Die Taliban proklamierten das Islamische Emirat Afghanistan und eliminierten die wenigen Fortschritte. Wobei es ein Irrglaube ist, dass die USA zwei Jahrzehnte zuvor ihre Militärmaschinerie nach Afghanistan geschickt hatten, um dort Brunnen zu bohren, Schulen zu bauen und Mädchen und Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen ...

Afghanistan war (und ist) von außerordentlicher strategischer Bedeutung, da es – zwischen Russland und China gelegen – gleichsam den Eingang zu Zentralasien darstellt und als Militärbasis Zugriff auf beide Staaten ermöglicht. Allerdings scheiterten die USA daran, diesen Brückenkopf dauerhaft in ihre Globalstrategie einzubauen, wie schon die Sowjetunion nach zehn Jahren ihr Vorhaben beenden musste, das in Stammeskämpfen sich zerfleischende Afghanistan zu befrieden. Die Mujaheddin und Taliban, vornehmlich von den USA gegen die sowjetischen Truppen aufgerüstet, kehrten sich nach deren Abzug gegen ihre einstigen Gönner. Diese kapitulierten also nach zwanzig Jahren und überließen ihnen das Feld mit den bekannten Folgen. Seit die Alimentierung des Landes durch den Westen wegfiel, Infrastruktur und Verwaltung zusammenbrachen, befindet sich das Land am Abgrund. Millionen Menschen hungern und haben keine Perspektive.

Geostrategisch ist das Land nunmehr für die USA bedeutungslos geworden, daher wuchs zwangsläufig das Interesse an benachbarten Staaten wie Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Kasachstan. Nicht von ungefähr kam es Anfang 2022 dort zu ersten Unruhen, die aber – auch mit militärischer Unterstützung Russlands